

NBank

NBank Günther-Wagner-Allee 12 - 16 30177 Hannover

TELKOS Telekommunikationsgesellschaft
mbH Landkreis Osnabrück
Am Schölerberg
49082 Osnabrück

Hannover, 06.12.2021
Infrastruktur
Antrags-Nr. ZW-80180823
(bitte stets angeben)

Julia Menz
Telefon 0511 30031-849
Telefax 0511 30031-11649
julia.menz@nbank.de

**Zuwendungsbescheid - Bescheid über eine Zuwendung in vorläufiger Höhe-
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung
des Ausbaus von Gigabitnetzen in Niedersachsen (RL Gigabitnetzausbau NI)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 09.11.2021 bewilligen wir Ihnen auf Basis der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen in Niedersachsen“ (RL Gigabitnetzausbau NI) zur Durchführung des Projekts „FTTB-Ausbau vom ca. 3.000 Adressen im Landkreis Osnabrück- Ausbauabschnitt 4“ eine Zuwendung als nicht rückzahlbaren anteiligen Investitionszuschuss in vorläufiger Höhe von

15.000.000,00 Euro

(in Worten: fünfzehn Millionen Euro)

als Kofinanzierung des durch den Bund geförderten Projektes „FTTB-Ausbau im Rahmen des 6. Calls im Landkreis Osnabrück“ mit dem dortigen Aktenzeichen 832.5/3-19 09NI200182.

Der Zuschuss dient der Schließung einer Wirtschaftlichkeitslücke bei privatwirtschaftlichen Betreibern von Breitbandinfrastrukturen bzw. dem Ausbau von passiver Infrastruktur im Betreibermodell gemäß dem jeweils einschlägigen Fördertatbestand der Bundesförderrichtlinie.

Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank
Günther-Wagner-Allee 12 – 16
30177 Hannover
Telefon 0511 30031-0 Telefax 0511 30031-300
info@nbank.de www.nbank.de

Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)
Sitz: Hannover
HRA 201010
Gläubiger-ID:
DE 79 NBN 0000164320



Seite 2

1. Zweckbestimmung, Bewilligungszeitraum, Zweckbindung, Zuwendungshöhe

1.1 Zweckbestimmung

Zuwendungszweck ist der Ausbau von Gigabitnetzen in dem beim Bund definierten Gebiet.

Hierzu wird im Projektgebiet, welches nach der Auswertung des Markterkundungsverfahrens (vom 26.07.2018 – bis 23.09.2018) als unterversorgt gilt, ein Breitbandhochgeschwindigkeitsnetz auf Glasfaserbasis gebaut. Durch den Ausbau sind ca. 3.000 Adressen in dem im Antrag vom 09.11.2021 benannten Gebiet (entsprechend der beim Bund bekannt gegebenen GIS Daten) zuverlässig mit gigabitfähigen Anschlüssen zu versorgen.

Die Festlegung über die zu schaffenden Kilometer an Glasfasern, Tiefbau sowie Leerrohren werden im konkretisierenden Bescheid getroffen, entsprechend der Regelung Ihres Bundesförderbescheides in Ziffer 1.2.

Die Zuwendung ist zweckgebunden und ausschließlich zur Durchführung dieses Projekts zu verwenden.

1.2 Bewilligungszeitraum

Das Projekt ist in der Zeit vom 16.12.2019 bis zum 31.12.2022 durchzuführen.

1.3 Zweckbindung

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenstände sind nach Vorlage des Verwendungsnachweises über die Laufzeit des Pachtvertrages zweckgebunden (sog. Zweckbindungszeitraum). Dies bedeutet, dass die geschaffenen Breitbandinfrastrukturen mit den geforderten Bandbreiten über diesen Zeitraum zu betreiben sind.

Die geförderten Infrastrukturen dürfen innerhalb dieses Zeitraums nicht für einen anderen als den im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweck verwendet werden.

Ist beabsichtigt, die geförderten Infrastrukturen innerhalb dieses Zeitraums zu veräußern, ist dies der Bewilligungsbehörde vorab anzuzeigen. Für diesen Fall behält sich die Bewilligungsbehörde den teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung vor.

Nach Ablauf der Zweckbindungsfrist ist der Netzbetreiber grundsätzlich in der Verfügung über die geförderten Infrastrukturen frei. Für den Fall jedoch, dass das geförderte Netz von ihm stillgelegt oder nicht mehr betrieben werden soll, haben Sie den Netzbetreiber zu verpflichten, den Weiterbetrieb zu marktüblichen Konditionen auszuschreiben.

1.4 Zuwendungshöhe

Mit diesem Vorhaben sollen ca. 3.000 Adressen erschlossen werden.

Die Zuwendungshöhe beträgt 25% der zuwendungsfähigen Ausgaben und setzt sich zusammen aus einem Grundförderungsanteil bezogen auf die Anzahl der ausgebauten Adressen (in den weißen Flecken und den Gewerbegebieten) sowie der Anzahl der Schulen und Krankenhäuser und einem Aufstockungsanteil, welcher die Differenz zu 25% der zuwendungsfähigen Ausgaben ausmacht.

Daher ergibt sich folgende Berechnung des Zuschusses:

3.000 Adressen x 500 Euro (Stufe 3) = 1.500.000,00 Euro, dies entspricht der Grundförderung sowie 13.500.000,00 Euro Aufstockung auf insgesamt 15.000.000,00 Euro Landesförderung. Dies ergibt zusammen eine Förderquote von 25%.

2. Nebenbestimmungen

- Die Bewilligung erlischt, wenn uns nicht spätestens zum 30.06.2022 die originale Bürgschaftserklärung/gesamtschuldnerische Haftungserklärung über die volle Höhe des Förderbetrages vorgelegt wird. Eine auch nur anteilige Auszahlung der Zuwendung kann vor Zugang dieser Erklärung nicht erfolgen.
- Die Regelungen des Bundesförderbescheides gelten für die Landeskofinanzierung uneingeschränkt, sofern nachfolgend keine abweichenden oder ergänzenden Regelungen getroffen sind.
- Der Landesbescheid ist innerhalb einer Woche nach Erhalt dem vom Bund beauftragten Projektträger zur Verfügung zu stellen.
- Sollte eine fachliche Prüfung des Vorhabens durch das Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen (BZNB) bzw. einer anderen vom Land benannten Stelle (Breitbandkompetenzstelle) oder einer vom Bund beauftragte Stelle ergeben, dass die Projektrealisierung nicht den Geboten von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit genügt, kann der Zuschuss aufgrund der Feststellungen in entsprechender Höhe reduziert werden, wenn insoweit verringerte förderfähige Ausgaben festgestellt werden.
- Die GIS-Informationen der beantragten Adressen über das geplante Fördervorhaben inkl. der georeferenzierten Gewerbegebietsabgrenzungen sind dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle bis zum ersten Mittelabruf

mitzuteilen, sofern noch nicht geschehen. Vor der Mitteilung kann eine Auszahlung nicht erfolgen.

- Zudem sind dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle nach der Ausschreibung und Projektinitiierung folgende Daten zuzuliefern:

Die GIS-Shapes der Netzausbauplanung des bezuschlagten Unternehmens einschließlich der Feinplanung.

Des Weiteren sind spätestens zum Konkretisierungsantrag (korrespondierender Antrag beim Land zur Beantragung eines endgültigen Förderbescheides beim Bund) die GIS-Shapes der auszubauenden Adressen und eine georeferenzierte Projektgebietsabgrenzung (bei Kofinanzierung ab dem 5. Call der Bundesförderungen und den Sonderaufrufen) zur Verfügung zu stellen. Sofern im Projektgebiet auch Schulen und Krankenhäuser enthalten sind, haben Sie die Schul- und Krankenhausstandorte ebenfalls als GIS-Shapes zuzuliefern. Im Falle des Vorhandenseins von Gewerbegebieten sind dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle die georeferenzierten Gewerbegebietsabgrenzungen mit den dazugehörigen Adressen als GIS-Shapes zuzuliefern. Die Feinplanung ist dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle ebenfalls spätestens mit dem konkretisierenden Antrag vorzulegen.

- Sollten sich Veränderungen des Projektgebietes und/oder der Anzahl der Adressen ergeben, sind die Änderungen nicht nur uns gegenüber, sondern ebenfalls in Form von aktualisierten GIS-Shapes gegenüber dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle kenntlich zu machen. GIS-Shapes und Netzpläne sind nur beim BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle einzureichen und nicht bei uns. Die Informationspflichten gegenüber dem Bund bleiben hierdurch unberührt.
- Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel (Widerrufsvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 Absatz 2 Nr. 1 VwVfG).
- Der Zuwendungsbescheid wird unter den Vorbehalten a) der endgültigen Zahl der Adressen b) der endgültigen Entscheidung über die tatsächliche Zuwendungshöhe und damit über den tatsächlichen Fördersatz und c) die Beurteilung der Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben durch den vom Bund beauftragten Projektträger und uns gestellt.
- Wir behalten uns vor, nachträglich Auflagen zu erteilen, zu ändern oder zu ergänzen (Auflagenvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nr. 5 VwVfG).
- Wir weisen darauf hin, dass nicht gigabitfähige Anschlüsse nach dieser Richtlinie nicht zuwendungsfähig sind. Sofern Sie beim Bund Ausgaben für nicht

Seite 5

gigabitfähige Positionen geltend machen, sind diese gesondert auszuweisen und von den förderfähigen Ausgaben in Abzug zu bringen.

- Veränderungen der Adresszahlen sind im laufenden Verfahren spätestens mit dem Konkretisierungsantrag mitzuteilen. Eine Erhöhung von Fördermitteln aufgrund eines höheren Ausschreibungsergebnisses ist nur bis zum konkretisierenden Bescheid möglich, und auch nur dann, wenn ausreichend Haushaltsmittel hierfür vorhanden sind.
- Bitte lassen Sie das beigefügte Formular „Unternehmen in Schwierigkeiten“ von den Telekommunikationsunternehmen, an welche Zuschüsse weitergegeben werden, ausfüllen. Die ausgefüllten Originalerklärungen sind spätestens mit dem ersten Mittelabruf bei uns einzureichen. Eine Auszahlung ist erst nach der Vorlage der Erklärungen möglich.
- Der Betreiber / Pächter beim Betreibermodell bzw. das Telekommunikationsunternehmen beim Wirtschaftlichkeitslückenmodell, welches den Ausbau vornimmt, ist auf die Einhaltung sämtlicher Vorgaben des Bescheides und der rechtlichen Grundlagen dieses Bescheides zu verpflichten.
- Bei der Vergabe von Aufträgen sind die für Sie einschlägigen haushaltsrechtlichen und vergaberechtlichen Vorschriften zu beachten. Bitte beachten Sie, dass die Benennung konkreter Auftragnehmer in den Antragsunterlagen Sie nicht von der Durchführung eines ordnungsgemäßen Vergabeverfahrens befreit.
Hinweise zum Vergaberecht finden Sie auf der Internetseite www.nbank.de.

Bei Nichtbeachtung der genannten Nebenbestimmungen ist ein in unserem Ermessen stehender teilweiser oder vollständiger Widerruf des Zuwendungsbescheides möglich, vgl. § 49 Abs. 3 Nr. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

3. Finanzierung

Die Zuwendung wird gewährt auf Grundlage des folgenden Ausgaben- und Finanzierungsplans, und ist zur anteiligen Finanzierung der angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben des oben genannten Projektes zu verwenden.

Seite 6

Ausgabengruppen	Zuwendungs- fähige Ausgaben in Euro (netto)	Nicht zuwendungs- fähige Ausgaben in Euro (netto)	Gesamt- ausgaben in Euro (netto)
Bau- und Planungsausgaben nach dem vorläufigen Bundesförderbescheid	63.208.291,28		63.208.291,28
Abzüglich abgezinste zu erwartender Pachterlöse	3.208.291,28		3.208.291,28
Zu finanzierende Ausgaben	60.000.000,00		60.000.000,00
Finanzierung	Zuwendungs- fähige Ausgaben in Euro	Nicht zuwendungs- fähige Ausgaben in Euro	Beantragte Beträge in Euro
Eigenanteil Zuwendungsempfänger	15.000.000,00		15.000.000,00
Bundesmittel	30.000.000,00		30.000.000,00
Landesmittel aus dem Sondervermögen Digitalisierung- Grundförderung	1.500.000,00		1.500.000,00
Aufstockung auf 25% aus dem Sondervermögen Covid	13.500.000,00		13.500.000,00
Gesamt	60.000.000,00		60.000.000,00

Seite 7

4. Auszahlung und Nachweis der Verwendung

4.1 Auszahlung

Voraussetzung für eine Auszahlung von Mitteln ist eine laufende Erfassung der Monitoring-Daten gemäß § 10 NGA-RR.

Mittelabrufe sind nach Bestandskraft des vorläufigen Zuwendungsbescheides auf Basis eines vom beauftragten Projektträgers des Bundes geprüften Mittelabrufs möglich für förderfähige und von Ihnen bereits tatsächlich geleistete Zahlungen. Wir übernehmen im Regelfall das Prüfergebnis des Projektträgers des Bundes, behalten uns aber eigene Prüfungen vor.

Die Zuwendung setzt sich wie folgt zusammen:

1.500.000 Euro aus Mitteln des Sondervermögens Digitalisierung.

13.500.000 Euro aus Mitteln des Sondervermögens Covid.

Die Mittel sind in einer Summe oder in Teilbeträgen mit dem Formular "Mittelanforderung" abzurufen.

Aufgrund der Bereitstellung der Mittel aus dem Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen (Sondervermögen Digitalisierung) dürfen ausschließlich Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 3 Satz 2 und 3 LHO gefördert werden.

Wir weisen darauf hin, dass Ihre Zahlungen jeweils nach Ausgabengruppen untergliedert, aufgestellt und projektbezogen verbucht werden müssen. Das betrifft sowohl die Mittelanforderung als auch den nach Abschluss Ihres Projektes aufzustellenden Verwendungsnachweis. Sie haben daher entsprechende Konten in Ihrer Buchhaltung einzurichten oder einen geeigneten Buchführungscode zu verwenden.

Die Mittelanforderung muss durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer oder das kommunale Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Dieser/s muss den Mittelabruf durch Stempel und Unterschrift bestätigen und dessen Richtigkeit ausdrücklich und deutlich erkennbar machen, sowie uneingeschränkt bescheinigen (eine entsprechende Rubrik ist im Formular vorgesehen).

Wird im Mittelabruf/Verwendungsnachweis die Mehrwertsteuer als zuwendungsfähig abgerechnet, so ist mit diesem ein Testat durch einen Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer einzureichen, dass die abgerechnete Mehrwertsteuer nicht im Rahmen der Vorsteuerabrechnung geltend gemacht werden kann.

Seite 8

Die entsprechenden Vordrucke (Mittelanforderung und/oder Verwendungsnachweis) werden von der NBank zur Verfügung gestellt und sind in der aktuellen Fassung zu verwenden. Sie finden diese auf der Internetseite www.nbank.de.

4.2 Nachweis der Verwendung

Der Verwendungsnachweis ist bis zum 30.06.2023 bei dem vom Bund beauftragten Projektträger einzureichen. Uns ist eine Kopie zuzüglich einem Sachbericht zuzusenden. Sie brauchen keine Belege oder Vergabeunterlagen mitzusenden. Eine spätere Anforderung aller projektbezogenen Unterlagen bleibt vorbehalten.

Das Verfahren des Projektträgers ist einzuhalten.

Der Verwendungsnachweis muss durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer oder das kommunale Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Dieser/s muss den Verwendungsnachweis durch Stempel und Unterschrift bestätigen und dessen Richtigkeit ausdrücklich und deutlich erkennbar sowie uneingeschränkt bescheinigen (eine entsprechende Rubrik ist im Formular vorgesehen).

Nach Fertigstellung der Breitbandausbaumaßnahme ist die Verbesserung der Breitbandversorgung spätestens mit Fälligkeit des Verwendungsnachweises gegenüber dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle unter Angabe des Betreibers (Firmennamen und Anschrift) zur Aufnahme in den Breitbandatlas Niedersachsen in der zur Zeit der Bewilligung gültigen Version der GIS-Nebenbestimmungen des Bundes wie folgt nachzuweisen:

Für FTTB Ausbau:

- FTTB-Verteilerstandort mit offizieller, eindeutiger Verteiler-Identifikationsnummer (Punkt-Layer)
- FTTB-Versorgungsbereich mit Adressliste der angeschlossenen und anschließbaren Gebäude (Punkt-Layer)
- Glasfasertrassen vom Backbone bis zur Hausanschlussleitung (Linien-Layer)

Diese Verpflichtung besteht neben der Monitoringverpflichtung durch § 10 NGA-RR.

4.3 Gewinnabschöpfung

Nach Ablauf des Zweckbindungszeitraumes (Ziffer 1.3) ist wie in Nummer 8 G der Richtlinie des BMVI zu überprüfen, ob sich die Bemessungsgrundlage der Zuwendung tatsächlich um mehr als 20 % verringert hat (Abrechnung im Rahmen der

Seite 9

Verwendungsnachweisprüfung auf der Grundlage des Berechnungsverfahrens, das dem Bewilligungsbescheid zugrunde lag). Wenn nach der Nummer 8 G der o.a. Richtlinie des BMVI eine Rückforderung zu erfolgen hätte, erfolgt eine Rückforderung des Landesanteils in entsprechender prozentualer Höhe.

5. Transparenz

Angaben über den Begünstigten, das geförderte Vorhaben und den Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben können durch das Land Niedersachsen veröffentlicht oder zur Veröffentlichung durch Dritte freigegeben werden.

6. Aufbewahrungspflichten, Datenspeicherung und –verarbeitung

6.1 Aufbewahrungsfristen

Sämtliche Belege sind - den einzelnen Mittelanforderungen eindeutig zugeordnet – 2 Jahre bis zum Jahresende nach Abschluss der Zweckbindungsprüfung für dieses Projekt aufzubewahren und für Prüfungen bereitzuhalten.

Pflichten zur Einhaltung von Aufbewahrungsfristen, die sich aus anderen Vorschriften ergeben, werden von dieser Bestimmung nicht berührt und sind ebenfalls zu beachten.

6.2 Datenspeicherung und –verarbeitung

Die im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung stehenden Daten werden auf Datenträgern der NBank und der nachfolgend aufgeführten Stellen gespeichert:

- des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
- des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur
- des BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle, des Breitbandbüros des Bundes und des beauftragten Projektträgers des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Bundesnetzagentur.

Bei Bedarf werden die Daten in anonymisierter Form für Zwecke der Statistik und Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet.

Neben den o. g. Stellen haben folgende, weitere Stellen ein Prüfrecht. Auf Anforderung ist auch den weiter genannten Stellen eine Überprüfung des Vorhabens mit den dazu gehörenden Unterlagen zu ermöglichen:

Seite 10

- dem Bundes- und Landesrechnungshof

6.3 Informations- und Kommunikationspflichten

Sie sind verpflichtet, die Öffentlichkeit über die vom Land Niedersachsen erhaltene Unterstützung zu unterrichten. Dies soll mittels Bauschild/ Plakat/ Schriftverkehr erfolgen.

Das zu nutzende Logo (MW) entnehmen Sie bitte dem Downloadbereich zur Richtlinie auf der NBank Homepage.

Bitte versehen Sie Ihr Plakat zusätzlich zum Logo mit der Bezeichnung des Vorhabens. Verwenden Sie dazu folgenden Text:

Bezeichnung des Vorhabens:

FTTB-Ausbau von ca. 3.000 Adressen im Ausbauabschnitt 4 des Landkreises Osnabrück

Zum Nachweis ist ein Foto des aufgehängten Plakates einzureichen, das neben der Bezeichnung des Vorhabens auch die Umgebung des aufgehängten Plakates zeigt.

7. Hinweise und Rechtliche Grundlagen

7.1 Hinweise

- Alle in diesem Zuwendungsbescheid genannten Formulare, rechtlichen Grundlagen und weiterführenden Informationen zur Förderung finden Sie auf unserer Internetseite www.nbank.de.
- Der Zuwendungsbescheid ersetzt nicht die sonst notwendigen Genehmigungen.

7.2 Rechtliche Grundlagen

Neben Ihrem Antrag vom 09.11.2021 sowie den dazu gehörenden Unterlagen sind nachfolgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften Grundlage dieses Zuwendungsbescheides:

- die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen in Niedersachsen (RL Giganetzausbau NI), Ert. d.

MW vom 25.06.2019 – DIG-3074/0103 -, Nds. MBl. Nr. 25/2019 S. 953 bzw. Erl. d. MW v. 23.12.2020 — DIG-3074/0103, Nds. MBl. Nr. 57/2020 S.1655

- die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung (NGA-RR)
- die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau 2013/C 25/1, EU-Amtsblatt vom 26.01.2013
- Ihr Bundesförderbescheid vom 16.12.2019, Aktenzeichen 832.5/3-19 09NJ200182 sowie die dort genannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die dem Bundesbescheid zugrundeliegenden Antragsunterlagen.
- das Gesetz über das Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. Nr. 7/2018 S. 120) in der geänderten Fassung vom 19.06.2019 (Nds. GVBl. Nr. 9/2019 S. 110)
- Gesetz über das Sondervermögen zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 12. Mai 2020 (COVID-19-Sondervermögensgesetz - COVID-19-SVG) Nds. GVBl. 2020, 108
- insbesondere § 264 Strafgesetzbuch
- §§ 3-5 Subventionsgesetz
- §§ 23, 44 Haushaltsordnung des Landes Niedersachsen und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in der zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Fassung
- das geltende Vergaberecht


Die vorgenannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften gelten in ihrer zum Bewilligungszeitpunkt geltenden Fassung als verbindliche Grundlage für die Durchführung Ihres Projektes, es sei denn, dass durch den Bundesbescheid bereits verbindlich eine Fassung vorgegeben wurde. Im letztgenannten Fall gilt diese Fassung.

Seite 12

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Investitions- und Förderbank Niedersachsen - NBank, Günther-Wagner-Allee 12-16, 30177 Hannover schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden. Das Widerspruchsverfahren kann gem. § 1 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes kostenpflichtig sein.

Mit freundlichen Grüßen


Rixta Schäfer
Reiner Hinske

Anlage: UiS- Erklärung